

N I E D E R S C H R I F T

zur 17. Sitzung der Gemeindevertretung der Wahlzeit 2011-2016

am Donnerstag, den 23.05.2013.

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr Sitzungsende: 22:30 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion

Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender), Dr. Christian Dittrich, Matthias Happel, Manfred Möller, Rainer Pfeffer, Elisabeth Wege

SPD-Fraktion

Kurt Barth (Vorsitzender der Gemeindevertretung), Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender), Rolf Hintermeier, Andreas Kaletsch, Siegfried Koch, Helmut Paulsen

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende), Reinhard Ahrens, Frank Nowak

FDP-Fraktion

Christian Fischer (Fraktionsvorsitzender)

Fraktion Freie Bürgerliste Weimar

Hans Jakob Heuser (Fraktionsvorsitzender), Martina Klein, Winfried Laucht, Erika Zeman

Entschuldigt:

Von der CDU-Fraktion

Konrad Ammenhäuser

SPD-Fraktion

Karl-Heinz Kraft, Jürgen Rabenau

Anwesende des Gemeindevorstandes:

Bürgermeister Eidam, die Beigeordneten Stefan Bug (I. Beigeordneter), Frank Dieffenbach und Helmut Wenz

Entschuldigt fehlten:

Thomas Nuhn, Alexander Steiß, Helge Fuhr, Reinhard Karber, Reiner Sauer, Andreas Tauche

Schriftführerin:

Rita Rohrbach

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**
- 2. Bericht aus dem Gemeindevorstand;
Mitteilungen des Bürgermeisters**

3. **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013, einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planungen bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna vorzulegen**
11/38/2012/11-16
4. **Gewaltprävention gegen Kinder;**
hier: Sachstandsbericht
50/5/2012/11-16
5. **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde**
50/6/2012/11-16
6. **Sachstandsbericht zur aktuellen Planung der U 3 - Betreuung**
31/26/2012/11-16
7. **Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Niederweimar; hier: Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern**
41/44/2012/11-16
8. **Beitritt zur Genossenschaft „Zeiteninsel – Archäologisches Museum Marburger Land“ und Absichtserklärung zur dauerhaften finanziellen Unterstützung**
00/13/2012/11-16
9. **Neufassung der Entwässerungssatzung**
11/42/2012/11-16
10. **Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Einführung eines elektronischen Versandweges hinsichtlich des die Gemeindevertretung betreffenden Schriftverkehrs**
11/36/2012/11-16
11. **Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben;**
hier: notwendige Umbaumaßnahmen im Kindergarten Roth zur Schaffung der Voraussetzungen für die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder
11/49/2012/11-16
12. **Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben;**
hier: Aufstellung eines Teil-Flächennutzungsplans 'Windenergie' gem. § 5 Abs. 2 BauGB; Erstellung einer Windenergie - Restriktionskarte
60/18/2012/11-16
13. **Wahl von Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen**
hier.: Aufstellung der Vorschlagslisten durch die Gemeindevertretung
31/24/2012/11-16
14. **Haushaltssatzung 2013 (Verringerung der Kredithöhe und Aufwandsreduzierung)**
20/23/2012/11-16
15. **Kulturprojekte in der Gemeinde Weimar (Lahn)**
60/20/2012/11-16
16. **Beteiligung der Gemeinde Weimar (Lahn) beim Projekt des Landes Hessen "100 Kommunen für den Klimaschutz"**
60/19/2012/11-16

17. **Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "EU-Dienstleistungs-Konzessions-Richtlinien bezüglich Wasser"**
11/56/2012/11-16
18. **Anfragen**
19. **Verschiedenes**

Inhalt der Verhandlungen:

1. **Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, eröffnete um 20.00 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gemeindevorstandes, Herrn Bürgermeister Peter Eidam, die Mitglieder der Gemeindevertretung, die Schriftführerin sowie den Vertreter der Presse und die zahlreich erschienenen Zuhörer.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht zugestellt und veröffentlicht wurde. Von 23 Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern seien 20 anwesend, so dass das Gremium beschlussfähig sei.

Den Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern Lydia Schneider, Winfried Laucht, Konrad Ammenhäuser, Manfred Möller, Stephan Wenz, Reiner Sauer und Helmut Wenz gratulierte er im Namen des Gremiums herzlich zum Geburtstag.

Der Vorsitzende erklärte, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Bitte um Beratung und Abstimmung darüber, eine Resolution, die EU-Dienstleistungs-Konzessions-Richtlinien bezüglich Wasser betreffend, zu beschließen. Um die Tagesordnung diesbezüglich zu erweitern, sei eine Beschlussfassung des Gremiums mit 2/3 Mehrheit erforderlich. Er stellte daher die Änderung der Tagesordnung unter Aufnahme des vorgenannten Punktes zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, den Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, eine Resolution betr. die EU-Dienstleistungs-Konzessions-Richtlinien bezüglich Wasser auf die Tagesordnung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung

2. **Bericht aus dem Gemeindevorstand; Mitteilungen des Bürgermeisters**

Datum GVO-Sitzung	TOP	Thema
14.03.2013	5	Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, die Neufassung der Entwässerungssatzung in der von der Gemeindeverwaltung vorgelegten Form zu beschließen.
	6	Beschluss, den Änderungen zu den Richtlinien zur Auszeichnung von Sportlern und ehrenamtlich Tätigen in der Gemeinde Weimar (Lahn) zuzustimmen.
	7	Beschluss, der Ausbildungskooperation zwischen den Gemeinden Fronhausen, Lohra und Weimar (Lahn) zum Erwerb der Fahrberechtigung im vereinfachten Verfahren für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr

		nach der vorgelegten Konzeption zuzustimmen.
	8	<p>Der Gemeindevorstand beschließt folgende Stellungnahme zum RNVP: Die Gemeinde Weimar (Lahn) fordert nach wie vor die Beibehaltung der HLB- Züge auf den Unterwegsstationen zwischen Gießen/Hauptbahnhof und Marburg/Hauptbahnhof.</p> <p>Sollten diese Züge für das „Hessen-Netz“ benötigt werden, sollen Ersatzmaßnahmen im RB-Bereich eingerichtet werden.</p> <p>Die Haltepunkte in der Gemeinde Weimar (Lahn) und Fronhausen sind Anknüpfungspunkte für wichtige Buslinien in unserem Bereich. Pendler, wie Menschen, die in Schichtarbeit tätig sind, aber auch die Studenten der beiden Universitätsstädte Marburg und Gießen, die selbstverständlich auch in den Umlandgemeinden wohnen, hätten nur die Möglichkeit, von Marburg aus die Verbindung nach Frankfurt anzutreten. Dies werde von uns als nicht sinnvoll erachtet, da dieser Personenkreis unter Umständen zunächst mit dem Auto nach Marburg fahren muss, um dort starten zu können.</p> <p>Es könne sicherlich nicht Ziel einer ökologischen und ökonomischen Verkehrspolitik sein, dass Pendler aus unserer Kommune zunächst die Bahnhalte Marburg oder Gießen anfahren.</p> <p>Die Gemeinde Weimar (Lahn) werde weitere Baugebiete ausweisen, welches zu einer Erhöhung der Einwohnerzahlen und zwangsläufig auch der Pendlerzahlen führen werde.</p>
11.04.2013	3	Beschluss, als ersten Schritt zur Aufstellung eines Teil-Flächennutzungsplans „Windenergie“, die Planungsgruppe Prof. Dr. V. Seifert mit der Erstellung einer Restriktionskarte „Windenergie“ für das Gemeindegebiet zu beauftragen.
	7	Beschluss, die Dienstanweisung über Stundung, Niederschlagung und Erlass von Forderungen der Gemeinde Weimar (Lahn) in der von der Verwaltung vorgelegten Form zu erlassen.
	9	Beschluss, dass die Gemeinde Weimar (Lahn) die Folgekosten, welche durch den Betrieb der Parkplätze für Rad- und Kanutouristen in Roth entstehen, trägt.
	10	Beschluss, den Auftrag zur Erstellung der Unterlagen für die Ausnahmegenehmigung für die Anweisung von Baugebieten im ÜSG nach § 78 WHG zu erteilen.
	11.1 bis 11.6	Beschlüsse zur Vergabe verschiedener Gewerke für die Umbaumaßnahmen im Kindergarten Roth.
	11.7	Beschluss, den Auftrag für die Bauleistungen zur Erstellung einer Kanalneubaustrecke in der Gießener Straße am Kreuzungsbereich Krummbogen / Im Schacht (Niederwalgern) an die Firma Grün und Scherer zu vergeben
07.05.2013	5	Beschluss, Herrn Harald Heinrich als Hilfspolizeibeamten für max. 20 Std. im Monat in Form einer geringfügigen Beschäftigung anzustellen. Eine entsprechende Bestellung soll vollzogen werden. Der Gemeindevorstand

		beschließt weiterhin die Anschaffung eines mobilen Erfassungsgerätes (Smartphone) mit der entsprechenden Software owi21ToGo sowie die Anschaffung einer Dienstuniform für Herrn Heinrich.
	6	Beschluss, für die Reinigung des Rathauses zwei Reinigungskräfte zu 4 Stunden pro Woche zu beschäftigen. Weiter beschließt der Gemeindevorstand, die benötigten Reinigungsutensilien (Staubsauger, Putzwagen, Abfallsammelwagen etc.) zu beschaffen.
	8	Beschluss der weiteren Beauftragung der Firma Becker und Hopf und des Ingenieurbüros Grohmann mit der TV-Befahrung, Vermessung und Dokumentation der verrohrten Gräben in Wolfshausen.
	9	Beschluss, der Gemeindevertretung zu empfehlen, die Unterzeichnung der Charta „100 Kommunen für den Klimaschutz“ des Landes Hessen zu beschließen.
	10	Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen, dass der LEADER-Förderantrag für die Kulturprojekte „Jüdische Geschichte und Kultur in Weimar (Roth)“ und „Kunst und Kultur in der Alten Kirche Niederweimar“, gestellt werden kann und alle mit dem Projekt verbundenen Kosten von der Gemeinde getragen werden.
	11	<p>Der Gemeindevorstand fasst folgende Beschlüsse:</p> <p>1. Der Gemeindevorstand stimmt dem Beitritt der Gemeinde Weimar (Lahn) zur Genossenschaft „Zeiteninsel - Archäologisches Freilichtmuseum Marburger Land eG“ mit einem Geschäftsanteil (= 120 €) zu.</p> <p>2. Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen:</p> <p>Die Gemeinde Weimar verpflichtet sich zur dauerhaften finanziellen Unterstützung der „Zeiteninsel“ durch Zahlung eines Jahreszuschusses in Höhe von 11.500 € in den ersten drei Betriebsjahren.</p> <p>3. Der Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung zu beschließen: Die Gemeinde Weimar verpflichtet sich, gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Universitätsstadt Marburg die vom Land Hessen geforderten 10 % der Gesamtinvestition von insgesamt 5,3 Mio. Euro für die „Zeiteninsel“ unter Anrechnung von Sachmitteln und Förderung Dritter bis zur Fertigstellung der „Zeiteninsel“ voraussichtlich im Jahre 2016 aufzubringen.</p> <p>Der Gemeindevorstand leitet den Beschluss an den Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss weiter.</p>

Am kommenden Wochenende findet am Rathaus ein Elektromobilitätstag statt, ebenso das 10-jährige Vereinsjubiläum des Förderkreises Kultur.

3. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 14.02.2013, einen ausführlichen Bericht über den Stand und die Planungen bezüglich des Dorferneuerungsprojektes Allna vorzulegen

Drucksache: 11/38/2012/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, wies darauf hin, dass die Beantwortung der Anfrage der Grünen durch die Verwaltung erfolgt sei und mit der Einladung versendet wurde.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) erkundigte sich nach der Maßnahme der Herrichtung des Verbindungsweges zwischen Dorf und Friedhof. Die Herstellungskosten in Höhe von ca. 60.000,-- € erschienen ihm recht hoch. Von Herrn Bug wurden hierzu Erläuterungen gegeben.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

4. Gewaltprävention gegen Kinder;

hier: Sachstandsbericht

Drucksache: 50/5/2012/11-16

Es berichtete die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider. Jugendpfleger Marcus Ott, der das Projekt begleite, habe erläutert, dass inzwischen 2 Sitzungen bezüglich der LEON-Hilfeinseln stattgefunden hätten. Die Gewerbetreibenden seien befragt worden, ob Interesse bestehe, als LEON-Hilfeinsel zu fungieren. Bisher hätten 12 Gewerbebetriebe positive Rückmeldungen gegeben. Die Kinder und Jugendlichen sollen in Kindergärten und Schulen über das Projekt aufgeklärt werden. Die Gewerbebetriebe, die sich daran beteiligen, werden einen gut sichtbaren Aufkleber an ihrem Gebäude positionieren, so dass im Notfall für Kinder und Jugendliche die Hilfeinsel in Form des Gewerbebetriebes erkennbar sei.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

5. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde

Drucksache: 50/6/2012/11-16

Auch hier berichtete die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider.

Im Ausschuss habe Jugendpfleger Marcus Ott erklärt, dass es schwierig sei, Kinder und Jugendliche in die Entscheidungsprozesse der Gemeinde mit einzubeziehen. Es sei einfacher und so habe man es in letzter Zeit praktiziert, die Kinder und Jugendlichen projektorientiert einzubinden, wie z.B. bei dem neuen Spielplatz in Niederweimar, wo Kinder intensiv in den Gestaltungsprozess mit eingebunden waren und auch Wünsche äußern konnten.

Die Ausschussvorsitzende führte weiter aus, dass sie in der Sitzung berichtet habe, dass in das neu gewählte Kreisjugendparlament 3 Vertreter bzw. Vertreterinnen aus der Gemeinde Weimar (Lahn) Mitglied seien. Unter Umständen könnten sich diese, sobald sie sich in ihre neue Rolle eingefunden hätten, in Form eines Steckbriefes oder Interviews stellen.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

6. Sachstandsbericht zur aktuellen Planung der U 3 - Betreuung

Drucksache: 31/26/2012/11-16

Die Vorsitzende des Ausschusses für Soziales, Jugend, Familie und Sport, Frau Schneider, berichtete, dass Bürgermeister Eidam in der Ausschusssitzung erklärt habe, dass die Umbauarbeiten im Kindergarten Roth in vollem Gange und einige Arbeiten bereits abgeschlossen seien. Der vorliegende Zuwendungsbescheid in Höhe von 22.500,- € sei voll ausgeschöpft worden.

Der Zuwendungsbescheid für die 2-Gruppige U-3-Betreuung liege allerdings noch nicht vor. Präferiert werde hier der OT Wenkbach, wobei jedoch auch andere Standorte möglich seien, so Bürgermeister Eidam. Denkbar sei die Ausführung in modularer oder auch Fertigbauweise. Ein modularer Aufbau sei die kostengünstigere Variante und würde etwa 3 bis 5 Monate in Anspruch nehmen.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

7. Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Ortsteil Niederweimar; hier: Errichtung von zwei Mehrfamilienwohnhäusern
Drucksache: 41/44/2012/11-16

Der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz, Herr Hans J. Heuser, berichtete von den Beratungen im Ausschuss. Herr Heuser erklärte, dass bei der ersten Beratung dieser Angelegenheit Fragen aufgetaucht seien, die den Ausschuss nicht zu einer Beschlussempfehlung kommen ließ, daher sei eine zweite Beratung notwendig geworden. Folgende Fragen seien aufgetaucht:

1. Welche Untersuchungen seien zur Abschätzung möglicher Lärm- und Sichtkonflikte vorgesehen und wer übernehme die Kosten für die Untersuchung?
2. Welche Maßnahmen, z.B. Lärm, Sichtschutz, seien vorgesehen, um den Betrieb des Sportplatzes sicherzustellen?
3. Wie sei der vorgesehene Erschließungsbeitrag berechnet worden und ist der Beitrag im Verhältnis zu den gemeindlichen Baugebieten angemessen?
4. Welche Maßnahmen sind von der Gemeinde noch aus dem Erschließungsbeitrag zu begleichen und wie hoch sei dieser Beitrag?
5. Wer plane, erstelle, unterhalte und bezahle die notwendigen naturschutzrechtlichen Kompensationsmaßnahmen?

All diese Fragen seien in der letzten Bauausschusssitzung wie folgt beantwortet worden:

Zu 1:

Durch die bestehende Flutlichtanlage sei die Bebauung eingeschränkt. Die beeinträchtigten Räumlichkeiten würden im Bauleitverfahren berücksichtigt. Die Kosten seien durch den Antragsteller zu leisten.

Zu 2:

Im Rahmen des Schallschutzgutachtens werden passive Schallschutzmaßnahmen am Gebäude geprüft. Durch das Bauleitverfahren

werde die Sicherstellung des Spielbetriebes gewährleistet. Weitere Einschränkungen des Spielbetriebes sollen unterbunden werden.

Zu 3:

Für die vorhandene Erschließung wird vom Antragsteller ein Kostenausgleich gezahlt. Dieser Betrag entspricht den durchschnittlichen Erschließungskosten in vergleichbaren Gebieten. Das wurde auch im Bauausschuss so behandelt.

Zu 4:

Diese Maßnahmen seien vom Antragsteller zu leisten, ebenso der naturschutzrechtliche Ausgleich.

Hilfreich habe er empfunden, dass zu dieser Sitzung Herr Zillinger vom gleichnamigen Büro anwesend war und das Bauleitverfahren zur Erstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes erklärte. Herausgestellt wurde, dass die Gemeinde nach wie vor Herr des Verfahrens bleibe.

Der Ausschuss habe daher beschlossen, dass dieses Bauleitverfahren auf den Weg gebracht werden solle.

Der Vorsitzende gab die Beschlussempfehlung des Ausschusses bekannt (siehe Beschluss).

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass sich seine Fraktion sehr ausführlich mit dem Thema beschäftigt, alle Argumente und Gesichtspunkte noch mal abgewogen habe und dabei zu dem Ergebnis gekommen sei, dass die bisherige Meinung seiner Fraktion nicht mehr haltbar sei.

Für seine Fraktion stehe die Bestandssicherung des Sportplatzes und damit die weiterhin uneingeschränkte Nutzung bei den Forderungen an erster Stelle. Unter Umständen könne das durch eine angrenzende Bebauung nicht mehr gewährleistet sein. Daher könne seine Fraktion der Änderung des FN-Planes nicht zustimmen.

Herr Siegfried Koch (SPD) erklärte, dass seine Fraktion beantrage, folgende Ergänzung zur vorliegenden Beschlussvorlage unter Punkt 4 aufzunehmen:

„4. Im Rahmen des notwendigen Schallschutzgutachtens werden passive Schallschutzmaßnahmen (am Gebäude) geprüft. Danach wird die Sicherstellung des Spielbetriebes des Sportplatzes in der Gemeindevertretung erneut beurteilt. Sollte der Spielbetrieb auch nach Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen gefährdet sein, so ist auch eine Einstellung des Aufstellungsverfahrens möglich.“

Herr Koch erläuterte hierzu, dass trotz der erläuternden Diskussionen im Ausschuss seine Fraktion das Risiko der Beeinträchtigung des Spielbetriebes sehe. Daher beantrage seine Fraktion die Ergänzung des vorliegenden Beschlussvorschlages. Eine unter Umständen notwendig werdende Verlegung des Sportgeländes solle nicht von klagenden Anliegern beeinflusst sein, sondern, wenn die Notwendigkeit bestehe, in einem geordneten und überlegten Verfahren durchgeführt werden.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erläuterte ergänzend, warum sich ihre Fraktion im Bauausschuss überzeugen ließ, sich mit diesem ersten Schritt mit dem Lärm- und Lichtschutz –Gutachten einverstanden zu erklären. Von Herrn Zillinger und anderen Fachleuten sei zugesichert worden, dass die Planungshoheit der Gemeinde gewahrt bleibe. Ihre Fraktion befürchte jedoch jetzt, dass durch ein schrittweises Herangehen die Angelegenheit nicht im

Sinne ihrer Fraktion durchgeführt werde. Ihre Fraktion wünsche sich ein Gesamtkonzept für dieses Gebiet, um klarzustellen, wie sich dieser Bereich weiter entwickle, natürlich besonders im Hinblick auf den Bestand oder die Verlegung des Sportplatzgeländes. Ihre Fraktion werde diesen ersten Schritt, auch mit der zusätzlichen Einschränkung der SPD-Fraktion, nicht mitgehen, um sich nicht später dem Vorwurf auszusetzen, dem Interessenten Kosten produziert zu haben, auf denen er unter Umständen sitzen bleibe.

Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Kommune derzeit im Aufstellungsverfahren sei und das Thema bereits sei etwa ½ Jahr beraten und besprochen werde. Nicht er und auch sicherlich alle Fraktionen in diesem Hause wollten riskieren, dass eine Einschränkung für den Spielbetrieb des Sportplatzes produziert werde. Bereits jetzt sei um das Sportplatzgelände herum eine relativ dichte Bebauung angesiedelt. Ob es irgendwann zu einer Sportplatzverlegung komme, sei derzeit noch nicht abzusehen. Die Ergänzungen der SPD-Fraktion, so Bürgermeister Eidam, werden im Bauleitverfahren geprüft und abgearbeitet. Intention sei in jedem Fall, den Spielbetrieb des Vereins weiterhin zu gewährleisten.

Herr Hans J. Heuser (Fraktionsvorsitzender FBW) erklärte für seine Fraktion, dass sie sich der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Planung, Energie und Umweltschutz anschließen werden, auch unter Berücksichtigung des von der SPD-Fraktion genannten 4. Ergänzungspunktes.

Nach weiteren kurzen Diskussionsbeiträgen ließ der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, über den Erweiterungsantrag abstimmen

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Beschluss zur Aufstellung der 34. Flächennutzungsplanänderung
 - a) Die Gemeindevertretung beschließt, den rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Gemeinde Weimar (Lahn) im OT Niederweimar, „Im Sandfluss“, zu ändern. Der aktuelle Stand des Flächennutzungsplanes sieht derzeit keine Grünfläche für Dauerkleingärten bzw. sonstige Gärten vor. Durch die 34. Änderung wird der Flächennutzungsplan dahingehend geändert, dass für den geplanten Standort 2 Mehrfamilienhäuser mit jeweils bis zu 6 Wohneinheiten, davon 2 seniorengerechte Wohnungen, errichtet werden können. Der Beschluss wird öffentlich bekannt gemacht.
 - b) Die unter a) beschlossene 34. Flächennutzungsplanänderung im OT Niederweimar, „Im Sandfluss“, wird im Rahmen einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung öffentlich ausgelegt und die Beteiligung der Behörden und sämtlicher Träger öffentlicher Belange ist gemäß § 4 Abs. 1 BauGB und den Nachbargemeinden durchgeführt. Die Kosten für die Änderung hat der Antragsteller zu tragen.
2. Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 06.18 „Im Sandfluss“, OT Niederweimar:
 - a) Die Gemeindevertretung beschließt, gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 06.18 „Im Sandfluss“ für die Errichtung von maximal zwei Mehrfamilienwohnhäuser mit jeweils bis zu sechs

Wohneinheiten aufzustellen.

- b) Die öffentliche Unterrichtung und Erörterung über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung zur Beteiligung der Bürger nach § 3 Abs. 1 Satz 2 BauGB soll durchgeführt werden, wenn die Anregungen und Bedenken aus der frühzeitigen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und der Behörden sonstiger Träger öffentlicher Belange der Nachbargemeinden zur Flächennutzungsplanänderung vorliegen. Die Kosten des Verfahrens hat der Antragsteller zu tragen.
3. Der Antragsteller verpflichtet sich, einen Erschließungsanteil in Höhe von 23,00 €/m² für die Grundstücke im Geltungsbereich (86/1, 86/2 und 87) zu leisten, dessen Gesamtbetrag mit Einreichung des Bauantrages fällig wird.
4. Im Rahmen des notwendigen Schallschutzgutachtens werden passive Schallschutzmaßnahmen (am Gebäude) geprüft. Danach wird die Sicherstellung des Spielbetriebes des Sportplatzes in der Gemeindevertretung erneut beurteilt. Sollte der Spielbetrieb auch nach Berücksichtigung der Schutzmaßnahmen gefährdet sein, so ist auch eine Einstellung des Aufstellungsverfahrens möglich.

Beratungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen

8. Beitritt zur Genossenschaft „Zeiteninsel – Archäologisches Museum Marburger Land“ und Absichtserklärung zur dauerhaften finanziellen Unterstützung

Drucksache: 00/13/2012/11-16

Es berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Möller.

Herr Möller erklärte, dass zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Dr. Andreas Thiedmann anwesend war, der über den aktuellen Sachstand berichtet habe. Das Projekt solle 5,3 Mio. € kosten, wobei eine Förderung von 90 % durch das Land Hessen übernommen werde. Im Ausschuss hätten Bürgermeister Eidam, Herr Bug und Dr. Thiedmann ausgeführt, dass durch weitere Beteiligungen (z.B. Banken, sonstige Spenden und die Einbringung von Sachleistungen) der Eigenanteil der Gemeinde verringert werde und dass nicht nur Lasten, sondern auch erhebliche Nutzfaktoren, wie z.B. Lehrinhalte sowie ein wichtiger Wirtschafts- und Standortfaktor entstünden.

Herr Möller gab sodann die Beschlussempfehlung des Ausschusses bekannt:

(Siehe Beschluss).

Herr Hans J. Heuser (Fraktionvorsitzender FBW) erklärte, dass seine Fraktion keine einheitliche Meinung abbilde. Er sehe, dass dieses Projekt für die Gemeinde Weimar und die Region sich in vielerlei Hinsicht positiv auswirke. Seine Fraktion spreche sich für das Projekt aus, habe jedoch ein Problem mit der Finanzierung: Der Kreis mit einem Haushaltsvolumen von 300 Mio. €, die Stadt Marburg mit 160 Mio. € und die Gemeinde Weimar aufgerundet 9 Mio. €. Die Gemeinde Weimar verpflichte sich jedoch, zusammen mit der Stadt Marburg und dem Landkreis Marburg-Biedenkopf 10 % der Gesamtinvestition von 5,3 Mio. € zu übernehmen. Das mache für die Gemeinde Weimar einen Betrag von 176.000,- € zusätzlich aus. Wenn man das mit dem

Haushaltsvolumen der Stadt Marburg und des Landkreises vergleiche, sei das für die Gemeinde Weimar eine riesige Investition. Wenn man dann weiter betrachte, dass der Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf der Gemeinde bezüglich des beschlossenen Haushaltes die Auflage erteilt habe, eine Reduzierung der Kredithöhe vorzunehmen, dann seien das für ihn widersprüchliche und nicht zu vereinbarende Vorgänge. Darüberhinaus stehe in der Genehmigung, dass Investitionen außerhalb der pflichtigen Aufgaben nicht zulässig seien, auch wenn sie wünschenswert sein sollten.

Außerdem vermute er, dass bei einem Projekt, das eine Bauzeit von 4 Jahren in Anspruch nehmen solle, der Kostenrahmen nicht eingehalten werden könne. Er stehe hier mit seinen Fraktionskolleginnen und –kollegen im Gewissenskonflikt, da sich einerseits seine Fraktion für das Projekt „Zeiteninsel“ aussprechen wolle, andererseits müsste man aber die Verpflichtung und die Auflagen der Aufsichtsbehörde hinsichtlich der Genehmigung des Haushaltes vor Augen haben. Seine Fraktion sehe sich daher aufgrund dieser Vorgaben nicht in der Lage, für die Zeiteninsel zu stimmen und dafür bitte er um Verständnis.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte, dass die Aussage von Herrn Heuser zu Recht das Gewissen des Parlamentes angesprochen habe. Zumindest hinderten diese Ausführungen daran, in Euphorie zu verfallen bezüglich des Projektes. Seine Fraktion sei jedoch bereit, dieses Wagnis zu unterstützen. Für ihn sei sowohl die Kostenschätzung als auch eine angehende Trägerschaft und die Gründung einer Genossenschaft als Trägerform Neuland. Sein Appell richte sich daher sowohl an die Stadt als auch den Landkreis, auch über die Startphase hinweg finanzielles Engagement einzubringen.

Frau Lydia Schneider (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass auch ihre Fraktion über die Haushaltslage der Gemeinde informiert sei. Ihre Fraktion nehme dies jedoch nicht zum Anlass, sich gegen das Projekt auszusprechen. In der Ausschusssitzung sei deutlich geworden, dass sowohl Stadt als auch Landkreis die Gemeinde nicht finanziell hängen lassen werden, wenn es eng werden sollte. Ihr Blick richte sich auf die positive Wirkung, die dieses Projekt auf die Gemeinde Weimar (Lahn) und die Region sicherlich haben werde. Ihre Fraktion werde positiv abstimmen und freue sich auf die Umsetzung des Projektes.

Herr Jost-Hendrik Kisslinger (Fraktionsvorsitzender CDU) führte aus, dass er sich über die breite Zustimmung in diesem Gremium freue. Seine Fraktion sehe in diesem Projekt eine einmalige Chance für die Gemeinde und sehe mit Freude die hohe Beteiligung durch das Land Hessen.

Herr Kisslinger führte weiter aus, dass der zuvor genannte Gemeindeanteil in Höhe von 176.000,- € zumindest teilweise kompensiert werde durch die Einbringung der gemeindlichen Grundstücke in diesem Bereich. Seine Fraktion werde das Projekt mit einer positiven Abstimmung unterstützen.

Frau Martina Klein (FBW) führte aus, dass sie in jedem Fall auch die positive Seite dieses Projektes sehe, andererseits jedoch die finanzielle Situation der Gemeinde, die hier diesen doch erheblichen Betrag aufzuwenden habe. In diesem Zusammenhang erinnerte sie daran, welche Kritik ihre Fraktion einstecken musste, als über 20 zusätzliche Kindergartenplätze abgestimmt wurde. Dagegen gehe man hier mit freiwilligen Leistungen relativ „locker“ um.

Herr Christian Fischer (FDP) erklärte, dass er den Beitrag von Herrn Heuser bemerkenswert fand, stoppe er doch ein wenig die evtl. aufkommende Euphorie. Er sehe die Finanzierung dieses Projektes auch als wunden Punkt und die etwas

verzwickte Situation, habe man doch eine Entscheidung zu treffen, bei der man nicht wisse, wo die Reise hingehet. Er werde für dieses Projekt stimmen.

Herr Reinhard Ahrens (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass in der Gemeinde Glauburg-Stockheim bereits ein solches Keltenmuseum existiere. Dies sei ein Projekt mit internationalem Rang. Er führte aus, dass diese Zeiteninsel natürlich auch mit entsprechenden Werbekampagnen begleitet werden müsse und die Herangehensweise dürfe nicht halbherzig sein. Schließlich handele es sich hier um Dokumentation von Siedlungen in dem Bereich, die tausende von Jahren in der Lahnaue stattgefunden hätten. Natürlich gehöre auch dazu eine attraktive Museumsdidaktik, die Besucher anlocke und die umliegende Gastronomie unterstütze bzw. noch auszubauen sei.

Bürgermeister Eidam führte aus, dass dieses Projekt für die Gemeinde unbestritten ein riesiger Kraftakt sei. Aber es handele sich nicht um irgendein Projekt, sondern um eine außergewöhnliche Möglichkeit, eine 11.000-jährige Siedlungsgeschichte zu dokumentieren. Aus diesem Grunde solle die Realisierung auch an dieser Stelle erfolgen. Zu Recht sei bereits in der Ausschusssitzung und jetzt auch in dieser Diskussionsrunde die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde angesprochen worden. Bei dieser Zeiteninsel handele es sich um eine Regionalprojektierung, hinter der bereits viele Menschen stünden. Auch hier sei das Thema „Interkommunale Zusammenarbeit“ mit der Stadt Marburg und dem Landkreis vorhanden. Die Stadt Marburg habe von Anfang an der Gemeinde signalisiert, dass sie das Projekt unterstütze. Natürlich müsse die Angelegenheit sensibel betrachtet werden und ganz bestimmt sei es auch risikobehaftet. Er sehe jedoch für die Gemeinde und die Region eine Chance, da auch ein touristisches - und Wissensprojekt dahinter stehe, also auch ein Lehr- und Lernort sein. Er hoffe und vertraue aber auch darauf, dass die 3 Partner, einschließlich der Kommunalaufsicht, in kritischen Zeiten mit der Gemeinde weiterhin hinter dem Projekt stehe.

Beschluss:

1. Die Gemeindevertretung stimmt dem Beitritt der Gemeinde Weimar (Lahn) zur Genossenschaft „Zeiteninsel - Archäologisches Freilichtmuseum Marburger Land eG mit einem Geschäftsanteil (= 120 €) zu.
2. Die Gemeinde Weimar (Lahn) verpflichtet sich zur finanziellen Unterstützung der „Zeiteninsel“ durch Zahlung eines Jahreszuschusses in Höhe von jeweils 11.500 € in den ersten drei Betriebsjahren.
3. Die Gemeinde Weimar (Lahn) verpflichtet sich, gemeinsam mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf und der Stadt Marburg die vom Land Hessen geforderten 10 % der Gesamtinvestition von insgesamt 5,3 Mio Euro für die „Zeiteninsel“ unter Anrechnung von Sachmitteln und Förderung Dritter bis zur Fertigstellung der „Zeiteninsel“ -voraussichtlich im Jahre 2016- aufzubringen. Damit ist der am 02.09.2010 gefasste Grundsatzbeschluss der Gemeindevertretung bezüglich der Kostenbeteiligung der Gemeinde und der sich aus der Machbarkeitsstudie ergebenden Kostenaufteilung -insbesondere der Bauhofverlegung- aufgehoben.

Beratungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 3 Stimmenthaltungen

An dieser Stelle verließen Herr Hans J. Heuser und Herr Nowak die Sitzungsrunde.

9. Neufassung der Entwässerungssatzung

Drucksache: 11/42/2012/11-16

Hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller. Der zuständige Sachbearbeiter der Verwaltung habe erklärt, dass in dem vorliegenden Entwurf noch keine Gebührenbeiträge enthalten seien, da das Wirtschaftsprüfungsbüro derzeit noch die Kalkulation vornehme und die Beitragsstruktur des Abwasserverbandes einpflege. Das betreuende Büro habe mitgeteilt, dass in den nächsten Tagen eine Bekanntgabe der Gebühren zu erwarten sei. Daran anschließend erfolge eine Erläuterung und Berechnung durch das Büro sowohl im Gemeindevorstand als auch im Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss.

Die Beratungen im Ausschuss seien im Hinblick auf die zu erwartenden Daten abgebrochen worden und man habe sich auf die Festlegung einer Sondersitzung verständigt, da in Bezug auf den erfolgten Ankündigungsbeschluss eine Beschlussfassung über die endgültige Fassung mit Veröffentlichung der Entwässerungssatzung bis zum 30.06.2013 erforderlich werde, um eine rückwirkende Gültigkeit ab 01.01.2013 zu erlangen.

Man habe daher die nächste Sitzung des Ausschusses auf den 12.06.2013 und die Sitzung der Gemeindevertretung auf den 20.06.2013 terminiert.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

10. Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013 zur Einführung eines elektronischen Versandweges hinsichtlich des die Gemeindevertretung betreffenden Schriftverkehrs

Drucksache: 11/36/2012/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Manfred Möller.

Im Ausschuss habe Herr Rabenau den Antrag seiner Fraktion noch einmal vorgestellt. Die Diskussion sei in unterschiedliche Richtungen geführt worden. Dr. Dittrich habe angeregt, den elektronischen Versandweg nur in Einzelfällen auf Wunsch vorzunehmen und nicht eine generelle Einführung zu planen.

Auf Nachfrage von Herrn Laucht nach dem Ratsinformationssystem berichtete Bürgermeister Eidam, dass in Zusammenarbeit mit ekom21 das Thema besprochen und vereinbart wurde, im Ausschuss eine Vorstellung dieses Systems vorzunehmen. Die Anregung von Herrn Rabenau, zunächst eine Wirtschaftlichkeitsberechnung vorzunehmen, wurde aufgegriffen und die Angelegenheit bis zur Vorlage dieser Wirtschaftlichkeitsberechnung zurückgestellt.

Beschluss: ohne

Beratungsergebnis: Zurückgestellt

**11. Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben;
hier: notwendige Umbaumaßnahmen im Kindergarten Roth zur Schaffung
der Voraussetzungen für die Betreuung der unter 3-jährigen Kinder**
Drucksache: 11/49/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Möller, berichtete von den Beratungen im Ausschuss. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Beschlussfassung der außerplanmäßigen Ausgaben.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, für die notwendigen Umbaumaßnahmen im Kindergarten im Ortsteil Roth einen Betrag in Höhe von 32.200,00 Euro außerplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Ein Betrag in Höhe von 22.500,00 Euro wird als zweckgebundene und einmalige Zuwendung außerplanmäßig vereinnahmt. Der Differenzbetrag in Höhe von 9.700,00 Euro wird im Vorgriff auf den Nachtragshaushaltsplan für das Jahr 2013 zur Verfügung gestellt.

Beratungsergebnis: Einstimmig

**12. Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben;
hier: Aufstellung eines Teil-Flächennutzungsplans 'Windenergie' gem. § 5
Abs. 2 BauGB; Erstellung einer Windenergie - Restriktionskarte**
Drucksache: 60/18/2012/11-16

Auch hier berichtete der Vorsitzende des Ausschusses von den Beratungen in diesem Gremium. Der Ausschuss empfehle der Gemeindevertretung die Bereitstellung der Kosten in Höhe von 6.015,45 € zur Erstellung der Restriktionskarte „Windenergie“ für das Gemeindegebiet.

Herr Laucht habe im Ausschuss die Notwendigkeit der Beauftragung in Frage gestellt, da er ein gemeinsames Vorgehen bezüglich eines Wegeausbaues der Flächenerweiterung mit Bereitschaft der Eigentümer als sinnvoller erachte

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte für seine Fraktion, dass er hier einen notwendigen und logischen Schritt sehe, denn andere Kommunen hätten diese Kartierung bereits vorgenommen.

Frau Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, dass bei einem ernsthaften Betreiben der Energiewende auf der unteren Ebene begonnen werden müsse, wozu auch diese Arbeiten gehören.

Bürgermeister Peter Eidam habe erklärt, so der Vorsitzende des Ausschusses für Bau, Planung, Energie um Umweltschutz, dass es wichtig sei, das gesamte Gebiet zu erfassen. Es gebe zwar Vorrangflächen, jedoch habe die Gemeinde keine eigenen Flächen vorrätig.

Herr Winfried Laucht (FBW) führte aus, dass man sich bei der Abstimmung zum Flächennutzungsplan auf den Regionalplan bezogen habe. Selbstverständlich müsse hier zu einem Zeitpunkt eine endgültige Festlegung erfolgen, er frage sich jedoch, ob dies zum jetzigen Zeitpunkt sein müsse. Er frage sich weiter, wem die Windenergie-Restriktionskarte derzeit nutze. Er vermisse hier andere Aktivitäten der Gemeinde. Betreibe man diese Aktivitäten derzeit nur, damit ein Projektierer irgendwann eine solche Planung vorlege? So sehe er die Restriktionskarte zum derzeitigen Zeitpunkt als unnötige Geldausgabe, die eingespart werden sollte.

Herr Laucht erklärte weiter, dass ihm wichtig sei, dass die Gemeinde die Energiewende selbst gestalten und die Wertschöpfung vor Ort bleibe.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) erklärte, dass seine Fraktion diesen Schritt für nötig erachte, da festgestellt werden müsse, welches Potenzial die Gemeinde habe.

Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) meinte, dass, wenn es die Kommune mit der Energiewende ernst nehme, man diesen Schritt konsequenterweise weitergehen und die Kosten dafür bereitstellen müsse.

Bürgermeister Eidam erklärte ergänzend, dass das gesamte Gemeindegebiet zu erfassen sei. Leider habe die Gemeinde in den ausgewiesenen Vorrangflächen keine eigenen Flächen. Die Gemeinde würde sich gerne potenzielle Flächen sichern, wisse jedoch nicht genau, ob eine Umsetzung erfolgen werde. Es gebe verschiedene Vorabgutachten, die Windgeschwindigkeiten ausweisen von ca. 5,5 m/s, wobei der vom RP aufgestellte Teilregionalplan „Energie“ Windgeschwindigkeiten von 5,75 m/s als notwendig erachte. Ob diese erreicht werden, sei ungewiss. Verschiedene Projektierer interessieren sich für die Flächen. Auf dem Gebiet der Gemeinde sind 3 Gebiete als Vorrangflächen ausgewiesen.

Die Gemeinde sei derzeit damit beschäftigt, über diese 3 Gebiete zu informieren, da geklärt werden müsse, wie das weitere Verfahren sei, soweit Projektierer direkt bei Grundstückseigentümern anfragen. Die Gemeinde werde in jedem Fall versuchen, mit den Eigentümern in Kontakt zu kommen. Die Gespräche, so stelle er sich das vor, könnten unter Teilnahme der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter stattfinden, jedoch getrennt nach den jeweiligen Vorrangflächen.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass die Mittelbereitstellung für die Kosten in Höhe von 6.015,45 € zur Erstellung der Restriktionskarte „Windenergie“ für das Gemeindegebiet durch die Planungsgruppe Prof. Dr. V. Seifert im Nachtragshaushalt reguliert wird.

Beratungsergebnis: 18 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme,
1 Stimmenthaltung

13. Wahl von Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen hier.: Aufstellung der Vorschlagslisten durch die Gemeindevertretung Drucksache: 31/24/2012/11-16

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Kurt Barth, verwies auf die übersandte Vorlage. Inzwischen sei ihm von dem zuständigen Sachbearbeiter eine weitere Bewerbung genannt worden. Er bat daher, die vorliegende Liste um den Bewerber Reinhard Müller, OT Niederweimar, Drosselweg 8, zu ergänzen.

Beschluss:

Für die Wahl der Schöffinnen und Schöffen in Strafsachen für die Zeit vom 01.01.2014 bis 31.12.2018, die vom Schöffenwahlausschuss beim Amtsgericht Marburg vorzunehmen ist, wählt die Gemeindevertretung zur Aufnahme in die Vorschlagsliste folgende Personen, ohne die Festlegung einer Rangfolge:

- Gärtner, Andrea, Niederwalgern, Siedlungsstr. 15, 35096 Weimar (Lahn), Verwaltungsangestellte
- Rohrbach, Rita, Allna, Ortsstr. 2, 35096 Weimar (Lahn), Beamtin
- Meier, Michael, Roth, Am Heier 5, 35096 Weimar (Lahn), Dipl.Ingenieur
- Wenz, Kurt, Argenstein, Zur Lahn 10, 35096 Weimar (Lahn), Forstwirtschaftsmeister (Rente)
- Wagner, Burkhard, Niederwalgern, Lärchenweg 10, 35096 Weimar (Lahn), Bankkaufmann (Rente)
- Ruhaas, Michael, Niederwalgern, Gießener Str. 17, 35096 Weimar (Lahn), Mitarbeiter Telekom
- Müller, Reinhard, Drosselweg 8, 35096 Weimar (Lahn), Rentner.

Beratungsergebnis: Einstimmig

14. Haushaltssatzung 2013 (Verringerung der Kredithöhe und Aufwandsreduzierung)

Drucksache: 20/23/2012/11-16

Bürgermeister Eidam erklärte, dass die Kommunalaufsicht eine Reduzierung der Kredithöhe von ursprünglich 350.050,-- € auf 213.800,-- € verfügt habe. Die von der Gemeindevertretung beschlossene Anhebung der Hebesätze der Grundsteuer entspreche den Erwartungen der Aufsichtsbehörde, die Anhebung der Gewerbesteuer liege sogar über den Erwartungen. Allerdings wurde eine Anhebung der Grundsteuer B auf 320 % erwartet. Da die Kommune nur auf 300 % angehoben habe, müsse entweder eine nachträgliche Erhöhung auf 320 % erfolgen oder ein Ausgleich an anderer Stelle im Haushalt um 37.500,-- € Da nach der Entscheidung der Gemeindevertretung schon die entsprechenden Bescheide den Grundstückseigentümern bereits übersandt wurden, ist eine weitere Anhebung unseren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nicht vertretbar.

Insoweit mussten die Auflagen der Kommunalaufsicht durch Reduktion von Ausgaben in Höhe von 37.500,-- € erfüllt werden

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Wenz, führte aus, dass nach Meinung seiner Fraktion dies der richtige Weg sei und so eine nochmalige Anhebung der Hebesätze vermieden werden konnte.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, der Entscheidung der Aufsichtsbehörde (Landrat des Landkreises Marburg-Biedenkopf) vom 07.05.2013 beizutreten und zu § 2 der Haushaltssatzung den Gesamtbetrag der Kredite auf 213.800 € festzusetzen und den Gesamtbetrag der Aufwendungen um 37.500 € gemäß der in der Sachdarstellung genannten Sachkonten zu reduzieren.

Beratungsergebnis: Einstimmig

15. Kulturprojekte in der Gemeinde Weimar (Lahn)

Drucksache: 60/20/2012/11-16

Der Vorsitzende des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses, Herr Möller, berichtete, dass der Ausschuss empfehle, einen LEADER-Förderantrag für die 2 Kulturobjekte

1. Jüdische Geschichte und Kultur in Weimar (Roth)
2. Kunst und Kultur in der „Alten Kirche“ in Niederweimar

zu stellen. Nicht geförderte Kosten sollen von der Gemeinde getragen werden.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt, dass der LEADER-Förderantrag für die Kulturprojekte „Jüdische Geschichte und Kultur in Weimar (Roth)“ und „Kunst und Kultur in der Alten Kirche Niederweimar“ gestellt werden kann und alle mit den Projekten verbundenen Kosten von der Gemeinde getragen werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig

16. Beteiligung der Gemeinde Weimar (Lahn) beim Projekt des Landes Hessen "100 Kommunen für den Klimaschutz"

Drucksache: 60/19/2012/11-16

Bürgermeister Eidam erklärte, dass mit dem Projekt „100 Kommunen für den Klimaschutz“ das Land Hessen Kommunen für den Klimaschutz gewinnen wolle. Dabei sollen die Möglichkeiten der Energieeinsparung ausgeschöpft und energieeffizient gesteigert und erneuerbare Energien ausgebaut werden. Die Gemeinde verpflichte sich, klimarelevante Planungen und Maßnahmen in einem Aktionsplan zu bündeln und umzusetzen.

Die Gemeinde erhalte Unterstützung in der Aufstellung dieses Aktionsplanes. Weiterhin werde für die Aufstellung einer CO₂-Bilanz eine einjährige Lizenz für ein Computerprogramm zur Verfügung gestellt. Für die Mitgliedskommunen gebe es kostenfreie Informationsveranstaltungen und Informationen über aktuelle Fördermöglichkeiten zum Thema Klimaschutz.

Die Leistungen seien für die Gemeinde kostenfrei, jedoch werde erwartet, dass durch entsprechende Arbeitszeit an dem Projekt teilgenommen werde.

Von Herrn Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) und Frau Lydia Schneider (Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) wurde dieses Projekt ausdrücklich begrüßt und ausgeführt, dass hierdurch eine Bewusstseinsbildung zum Thema Klimaschutz auch auf der untersten Ebene erfolgen könne.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Unterzeichnung der Charta „100 Kommunen für den Klimaschutz“ des Landes Hessen.

Beratungsergebnis: Einstimmig

17. Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "EU-Dienstleistungs-Konzessions-Richtlinie bezüglich Wasser"

Drucksache: 11/56/2012/11-16

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Lydia Schneider, stellte den Antrag vor:

Resolution betreffend: EU-Dienstleistungs-Konzessionsrichtlinie bezüglich Wasser.

Die Gemeindevertretung möge folgenden Resolutionstext, der an

1. Herrn Dr. Günther Oettinger, EU Kommissar für Energie, 1049 Brüssel, Belgien,
2. Herrn Dr. Udo Bullmann, MdEP SPD-Europabüro Frankfurt, Fischerfeldstr.

7-11, 60311 Frankfurt/Main,
3. Herrn Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes, Rue Wiertz
60, 1047 Brüssel, Belgien

gesendet werden soll: Die Gemeindevertretung der Gemeinde Weimar (Lahn) möge beschließen, sich dem Positionspapier, welches als Anlage allen Gemeindevertretern und Gemeindevertreterinnen vorliege, des Vorstandes und der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessischer Wasserwerke vollumfänglich anzuschließen und zu fordern, dass die Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der EU-Dienstleistungs-Konzessionsrichtlinie herausgehalten wird.

Zur Begründung führte Frau Schneider aus, dass aus der Presse zu entnehmen war, dass sich der Vorstand und die Vertreterversammlung gegen eine Einbeziehung von Trinkwasser in die EU-Dienstleistungs-Konzessionsrichtlinie ausgesprochen haben. Ihre Fraktion begrüße und unterstütze dieses Vorgehen, da Trinkwasser zum Kernbereich der kommunalen Daseinsfürsorge gehöre und bleiben müsse.

Insgesamt fand dieser Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Zustimmung.

Herr Stephan Wenz (Fraktionsvorsitzender SPD) schlug jedoch vor, diesen Resolutionstext neben den genannten Adressen noch zusätzlich zu senden an Herrn Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament,
Herrn Reinhard Bütikofer, Sprecher der Europagruppe Grüne im Europäischen Parlament,
Frau Dr. Ellen Madeker, Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit, Brüssel und
Herrn Friedrich von Heusinger, Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union.

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt folgenden Resolutionstext, der an folgende Personen zu senden ist:

1. Herrn Dr. Günther Oettinger, EU Kommissar für Energie, 1049 Brüssel, Belgien,
2. Herrn Dr. Udo Bullmann, MdEP SPD-Europabüro Frankfurt, Fischerfeldstr. 7-11, 60311 Frankfurt/Main,
3. Herrn Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel, Belgien
4. Herrn Herbert Reul, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament,
5. Herrn Reinhard Bütikofer, Sprecher der Europagruppe Grüne im Europäischen Parlament
6. Frau Dr. Ellen Madeker, Leiterin Referat Öffentlichkeitsarbeit, Brüssel und
7. Herrn Friedrich von Heusinger, Leiter der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union

Die Gemeinde Weimar (Lahn) schließt sich dem Positionspapier (ist dem Originalprotokoll als Anlage beigefügt) des Vorstandes und der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Mittelhessischer Wasserwerke vollumfänglich an und fordert, dass die Wasserversorgung aus dem Anwendungsbereich der EU-Dienstleistungs-Konzessionsrichtlinie herausgehalten wird.

Beratungsergebnis: 16Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

18. Anfragen

- a) Herr Hintermeier (SPD) erklärte, dass die Gemeindevertretung am 10.11.2011 die Konzession zur Wegenutzung und zum Betrieb des Elektrizitätsverteilnetzes an die Energie Marburg-Biedenkopf GmbH/Stadtwerke Marburg GmbH vergeben habe. Ferner sei beschlossen worden, dass die Energie Marburg-Biedenkopf GmbH/Stadtwerke Marburg GmbH beauftragt werde, mit dem bisherigen Betreiber E.ON-Mitte AG über den Kaufpreis zu verhandeln, die Gemeinde Weimar (Lahn) über den Stand der Verhandlungen zu informieren und die Entscheidung über den Erwerb des Netzes im Einvernehmen mit der Gemeinde Weimar (Lahn) zu treffen. Wie sei der derzeitige Stand des Vergabeverfahrens?

Bürgermeister Eidam erklärte, dass in der letzten Dienstversammlung der Bürgermeister der Landrat Informationen gegeben habe. Die Angelegenheit befinde sich im laufenden Verfahren, so dass er mit Informationen derzeit zurückhaltend sein wolle, auch im Hinblick darauf, dass es bei kürzlich gegebenen Informationen in Gemeindeparlamenten zu Ärgernissen bei den Beteiligten gekommen sei. Sobald es verwertbare Ergebnisse gebe, werde er berichten, dafür bitte er um Verständnis.

- b) Herr Kaletsch (SPD) führte aus, dass alle Plätze für die vorgesehenen Ferienspiele besetzt seien und sogar inzwischen eine Warteliste bestehe. Es sei andererseits jedoch bekannt, dass eine Anzahl von teilnehmenden Kindern aus der Gemeinde Fronhausen stamme. Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass er umgehend mit Bürgermeister Weber von Fronhausen Kontakt aufnehmen wolle, sobald dieser wieder im Dienst sei. Das Ferienspielangebot sei in diesem Jahr besonders stark nachgefragt. Die gemeindliche Jugendpflege werde durch eine Angebotserweiterung in jedem Fall versuchen, alle Anfragen zu berücksichtigen.
- c) Frau Klein (FBW) erkundigte sich, ob es bezüglich der Angelegenheit „Breitband“ neue Informationen gebe. Bürgermeister Eidam berichtete, dass aufgrund von aktuellen Informationen durch den Landrat mitgeteilt wurde, dass derzeit das Verfahren neu aufgerollt werde. Soweit weitere Ausführungen gewünscht sind, könne man sich an die Verwaltung wenden.
- d) Herr Möller (CDU) sprach an, dass u.a. der Ortsbeirat Wenkbach sich über die seiner Meinung nach kurze Einfädungsspur von Wenkbach herkommend auf die B 255 beklagt habe. Zumindest müsse in diesem Bereich eine Geschwindigkeitsreduzierung auf 80 km/h erfolgen, wurde wohl ursprünglich von der Straßenverkehrsbehörde des Landrates angeordnet, aber von Hessen Mobil wieder entfernt. Bürgermeister Eidam antwortete hierauf, dass auf ein entsprechendes Anfrageschreiben an Hessen Mobil inzwischen die Antwort vorliege, die dem Ortsbeirat Wenkbach auch übersandt wurde. Darin teilte Hessen Mobil mit, dass sie keine Veranlassung sehen, in diesem Bereich eine Geschwindigkeitsreduzierung vorzunehmen. Die Gemeindeverwaltung wolle sich jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden geben und erneut das Gespräch mit den Verantwortlichen von Hessen Mobil suchen.

- e) Die zweite Anfrage von Herrn Möller bezog sich auf den noch vorhandenen Verkehr, der durch Niederweimar rolle.
Bürgermeister Eidam erklärte hierzu, dass die Gemeindeverwaltung mit eigenem Personal eine Zählung vorgenommen habe. Die Zählung ist noch auszuwerten.

An dieser Stelle verließen Herr Helmut Paulsen und Herr Helmut Wenz die Sitzung.

19. Verschiedenes

- a) Bürgermeister Eidam teilte mit, dass am 06. Juni 2013 um 11.00 Uhr die Ministerin zum Freilichtmuseum „Zeiteninsel“ komme. Die Gemeinde würden ihr dann die entsprechenden Anträge (siehe Punkt 8) übergeben.
- b) Der Vorsitzende der Gemeindevertretung gab die nächsten Sitzungstermine bekannt. Aufgrund der noch bis zum 30.06.2013 zu beschließenden Entwässerungssatzung finde eine Sondersitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschusses am 12.06.2013 statt, die Gemeindevertretung dann am 20.06.2013.

Die bereits geplante übernächste Sitzungsrunde finde dann wie folgt statt:

Ausschuss für Soziales, Jugend, Familie und Sport:	24.06.2013
Ausschuss für Bau, Planung, Energie um Umweltschutz:	25.06.2013
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsausschuss:	26.06.2013
Gemeindevertretung	04.07.2013

Ende der Sitzung: 22.30 Uhr

Der Vorsitzende:

Die Schriftführerin:

Kurt Barth

Rita Rohrbach

